

**Haushaltsrede Ulrich Oberste-Padtberg
- Sitzung des Kreistages am 18.03.2024-**

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörer im Saal und im Stream,

wir befinden uns nach wie vor in einer schwierigen Situation:

1. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit all seinen Folgen läuft nun schon zwei Jahre. Die erforderlichen humanitären und militärischen Hilfen sind finanziell und damit auch wirtschaftlich nicht unerheblich und werden weiterhin große Anstrengungen unserer Volkswirtschaft brauchen. Die Hilfe für die Kriegsflüchtlinge stellt unseren gesamten Staat bis hin zu den Kommunen vor Kräfte zehrende Aufgaben und Anstrengungen, an deren Notwendigkeit kein Zweifel bestehen darf. Hinzu kommt, dass wir zur Verteidigung unserer Westlichen Demokratien erhebliche Aufwendungen für die Verteidigungsinfrastruktur brauchen. Dies ist unverzichtbar.
2. Die Folgen der Corona-Pandemie sind weiter zu spüren. Die Corona-Pandemie hat auch heute noch einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitswelt, der sich in einer nie da gewesenen Fluktuation bei Fachkräften deutlich macht, wovon auch die kommunalen Verwaltungen betroffen sind. Des Weiteren sind die zuvor in den kommunalen Haushalten isolierten Corona-Kosten nunmehr vollkommen haushaltsrelevant.
3. Als einziges Industrieland befinden wir uns in einer Rezession. Die wirtschaftliche Lage ist sehr angespannt, sinkende Steuereinnahmen sind zu erwarten. Die Ampel hat zwar angekündigt, dem entgegenwirken zu wollen, jedoch ist das Problem, dass die Finanzlast der Entlastungspakete die Länder und Kommunen tragen, obwohl der Verfassungsauftrag für Konjunkturpolitik beim Bund liegt. Schon die letztjährigen Entlastungspakete haben die Kommunen in NRW 1,5 Milliarden Euro gekostet, hinzu kommen noch 4 Milliarden, die dem Land NRW dadurch fehlen. Die Konjunkturpolitik des Bundes führt die Kommunen absehbar in eine finanzielle Notlage insbesondere durch das

„Wachstumschancengesetz“, welches zu einem massiven Ausfall bei den Gewerbesteuerereinnahmen führen wird.

4. Wir erleben weiterhin eine nahezu ungebremste und unkontrollierte Migration. Klar ist, meine Damen und Herren: Wir werden nie einen Zweifel daran lassen, dass wir zu unserer humanitären Verantwortung stehen. Dieser Verantwortung können wir jedoch bei den Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und Misshandlung fliehen nur dann nachkommen, wenn diejenigen die vielleicht gerne nach Deutschland kommen, aber keinen Asylgrund haben, nicht mehr kommen.

Seit Monaten weisen Bürgermeister, Landräte und Kommunalpolitiker aller Parteien in ganz Deutschland darauf hin, dass die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen die Kommunen vor massive Probleme stellen. Die Grenzen des Möglichen sind erreicht.

Immer noch lässt der Bund es an einer wirksamen Begrenzung der unkontrollierten und illegalen Zuwanderung vermissen. Immer noch kommen Menschen – und das Großteils gar über EU-Staaten nach Deutschland, die zwar gute Gründe dafür haben mögen, hier zu leben, aber eben nicht schutzbedürftig sind.

„Unser Herz ist groß – unsere Möglichkeiten sind begrenzt.“ So brachte es der ehemalige Bundespräsident Gauck auf den Punkt.

Bis heute, liebe Kolleginnen und Kollegen hat der Bundeskanzler die Zusagen, die er im November den Ministerpräsidenten gegeben hat, NICHT in konkrete Politik umgesetzt. Ob es am Willen oder am Können liegt, mag jeder für sich bewerten.

Es besteht bei den Kommunalen Spitzenverbänden Einigkeit, dass die vom Bund zugesagten 7500 Euro pro Kopf nicht reichen, sondern 20000 Euro erforderlich sind. Weiterhin ist der Kanzler nicht bereit, die vollen Kosten der Unterkunft zu übernehmen.

5. Wir werden durch den Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter über 25 Jahre eine angespannte Situation der Sozialsysteme haben. Der geburtenstärkste Jahrgang aller Zeiten - 1964 - vollendet dieses Jahr das 60. Lebensjahr und wird spätestens in 6 Jahren komplett verrentet sein.

Niemals zuvor sind so viele Menschen aus dem Arbeitsleben und damit als Zahler von Steuern und Sozialabgaben ausgeschieden und so wenige nachgerückt. Dies führt dazu zu einem erheblichen Fachkräftemangel und damit auch zu eingeschränkter Wirtschaftskraft. Langfristig bedeutet das auch Einnahmeausfälle für den Staat bei gleichzeitigem Finanzbedarf der sozialen Sicherungssysteme.

Zusammengefasst bedeuten diese fünf genannten Punkte:

Weniger Staatseinnahmen – mehr Staatsausgaben.

Das heißt:

- Trotz weniger Geld müssen wir in erheblichem Maße Straßen- und Schieneninfrastruktur sanieren und ausbauen und die Verkehrswende angehen.
- Trotz weniger Geld müssen wir in die ökologische Transformation investieren, um dem Klimawandel zu entgegenen.
- Trotz weniger Geld müssen wir Schulen und Universitäten sanieren und ausbauen.
- Trotz weniger Geld müssen wir diejenigen weiter qualifizieren, die bisher nicht am Arbeitsmarkt Arbeit finden.
- Trotz weniger Geld müssen wir in die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr und Landesverteidigung investieren.
- Trotz weniger Geld müssen wir in die Energiewende investieren.
- Trotz weniger Geld müssen wir in Integration investieren.
- Trotz weniger Geld müssen wir Wohnungsbau fördern.
- Trotz weniger Geld müssen wir auch als Kreis im Wettbewerb um Fachkräfte mithalten können.

Diese Liste ließe sich lange fortsetzen!

Zusammengefasst:

Allen Ebenen unseres Föderalen Systems stehen bei mehr Aufgaben und Ausgaben weniger Mittel zur Verfügung!

Das ist so, als wenn man mathematisch gesehen fünf Gleichungen mit zehn Unbekannten lösen möchte. Das geht in der Mathematik nur wenn man Annahmen und Festlegungen trifft. Gleiches gilt für die Politik! Hier müssen mit politischen Entscheidungen Prioritäten gesetzt werden.

Neun Städte - ein Kreis

Mit diesem Titel hat die CDU-Kreistagsfraktion ihren Haushaltsantrag im November 2023 überschrieben.

- „Neun Städte - ein Kreis“ ist nicht nur ein Schriftzug an unserer Kreisgeschäftsstelle in Sprockhövel.
- „Neun Städte - ein Kreis“ ist auch unser Verständnis von der Zusammenarbeit des Kreises mit seinen Städten.
- „Neun Städte - ein Kreis“ bedeutet, dass sich alle auf Augenhöhe begegnen.
- „Neun Städte - ein Kreis“ bedeutet, dass ein jeder auf die Interessen des Anderen Rücksicht nimmt.
- „Neun Städte - ein Kreis“ heißt auch, dass man gemeinsam nach Lösungen sucht. Es heißt, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Vorsitzenden unserer Ratsfraktionen in unseren Beratungsprozess eingebunden sind.

Gemeinsam müssen wir für einen fairen Ausgleich der Interessen des Kreises und seiner Städte sorgen.

Wir werden uns viele schwere und unbequeme Fragen stellen müssen:

- Wie viele Freiwillige Leistungen und welche können und wollen wir uns noch leisten?
- Wo haben wir Doppelstrukturen in Stadt, Kreis, RVR, LWL, EN-Agentur?
- Müssen wir die Standards bei Pflichtaufgaben verändern und ggf. absenken?

- Müssen wir die Standards bei Gebäuden verändern und ggf. absenken?
- Wo können wir sparen?
-

Fragen über Fragen...

Keine Frage darf tabu sein,

keine Frage darf ein Denkverbot sein.

Wir werden viele unbequeme Fragen stellen und noch unbequemere Antworten geben müssen.

Daher ist der Einstieg in ein Haushaltssicherungskonzept unverzichtbar.

Der heutige Haushaltsbeschluss liebe Kolleginnen und Kollegen stellt zwar das Ende der diesjährigen Haushaltsberatungen dar.

Aber in Wahrheit ist es nicht der Abschluss eines Verfahrens, sondern der Beginn eines langen, steilen und steinigen Weges, der durchaus 20 Jahre dauern kann.

Als CDU-Politiker kommt man sehr selten in die Situation einen SPD-Kanzler zu zitieren aber den Satz von Willy Brand

„Der Kompromiss ist die hohe Kunst der Politik!“

habe auch ich mir zu Eigen gemacht.

Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass der nun vor uns liegende Weg nur gemeinsam von allen Demokraten gegangen werden sollte, damit er nachhaltig gegangen wird.

Denn dieser Weg wird mindestens 20 Jahre dauern und muss unabhängig sein vom Wechsel von Mehrheiten oder handelnden Personen.

Daher haben wir uns auf einen fraktionsübergreifenden Antrag geeinigt.

Es ist ein Antrag, der von jedem der Unterzeichner Zugeständnisse verlangt, aber deutlich ausdrückt, dass der Wille besteht, sich dieser Mammutaufgabe gemeinsam zu stellen.

Das ist auch der Grund, warum wir den Prüfantrag Seilbahnen zurückgestellt haben.

Wir haben in den letzten Jahren regelmäßig und das berechtigt kritisiert, dass der Haushalt des Kreises zu viele Reserven enthielt, die später in der Ausgleichsrücklage landeten, zuvor aber von den Städten und das teilweise als Kredit finanziert wurden.

Von daher stellt die 2. Änderungsliste einen deutlichen Schritt in die richtige Richtung dar, wofür wir der Kämmerin danken.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es sich nicht um Einsparungen, sondern lediglich um schärfere Berechnungen handelt.

Die Ausweisung von 7 Millionen globalem Minderaufwand sind genauso wichtig wie das Personalwirtschaftskonzept, was wir mit dem heutigen Antrag auf den Weg bringen wollen.

Auch wir haben die Erhöhung auf 2% Globalen Minderaufwand diskutiert aber auf Grund des hohen Anteils des Jobcenters und der Umlageverbände davon Abstand genommen.

Auch wenn es gleich noch ein eigener Tagesordnungspunkt ist, möchte ich noch einen Satz sagen zum Deutschland-Ticket für Beschäftigte beim Kreis. Wir haben uns mit der Beratung sehr schwergetan. Auf der einen Seite wollen wir niemand etwas Zugesagtes wegnehmen, auf der anderen Seite sollte nach Möglichkeit auch hier eine Gleichbehandlung mit den Städten angestrebt werden. Von daher ist der gemeinsame Änderungsantrag auch ein fairer Kompromiss.

Mit den weiteren Punkten des gemeinsamen Antrages wollen wir die Aufstellung des Kreishaushaltes und der jeweiligen Belastungen für

die Städte transparenter gestalten und werben hiermit um Zustimmung.

Abschließend möchte ich noch auf die ernst zu nehmenden Anträge anderer Fraktionen eingehen.

Der Antrag der FDP verfolgt in weiten Teilen die Richtung des fraktionsübergreifenden Antrages. Er unterscheidet sich fundamental bei der Frage der Einrichtung eines Finanzausschusses. Diesen Teilantrag lehnen wir ab, da der Kreisausschuss hier die Aufgabe eines Finanzausschusses hat.

Abschließend möchte ich im Namen der CDU-Fraktion Dank sagen:

- Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Ich bitte den Landrat und den Kreisdirektor das weiter zu tragen.
- Danke an die Kämmerin und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für das Erstellen des Haushaltes und die viele Arbeit, die dahintersteckt.
- Danke an unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kämmerer und Ratsfraktionen für den guten Austausch.
- Danke den Kolleginnen und Kollegen der anderen demokratischen Fraktionen für das stets faire Miteinander.

Ein besonderer Dank geht an meine eigene CDU-Fraktion: Wir haben uns im April 2023 neu aufgestellt und haben diese Haushaltberatungen mit langen, intensiven und fruchtbaren Diskussionen begleitet. Dafür danke ich Euch ganz herzlich!

Wir werden dem Haushalt in der durch den gemeinsamen Antrag ergänzten Form zustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!